

Aktionsplan Inklusion (Stadt Bayreuth)

Ort: Neues Rathaus

Datum und Uhrzeit: 21.11.16, 19:30 Uhr

1.Treffen Arbeitsgruppe Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen

Teilnehmer: 26

Name	Vorname	Institution
Amthor	Curd	Seniorenamt
Balogh	Benny	GEWOG
Beekes	Bastian	
Beer	Alf	Werkstatt für behinderte Menschen
Dressler	Doris	Jobcenter
Frankenberger	Heike	Beratungszentrum Oberfranken für Menschen nach erworbener Hirnschädigung e.V.
Göhring	Andrea	Ambulanter Beratungs- und Servicedienst (ABS)
Hartmann	Christian	VdK
Heerdegen	Björn	Werkstatt für behinderte Menschen
Hofmann	Willi	Werkstatt für behinderte Menschen
Hohlbach-Jenzen	Brigitte	Selbsthilfegruppe Schlaganfall in Bayreuth Stadt und Land
Höreth	Karl	Defibrillator SelbstHilfeGruppe Oberfranken
John	Michael	BASIS-Institut
Kufner	Thomas	Gehörlosenverein
Lange, Dr.	Thorsten	Stadtrat
Mahr	Sabine	
Müller	Bettina	Stadt Bayreuth
Pfeiffer	Charly	Werkstatt für behinderte Menschen
Reisenhofer	Stefan	
Scharnagl	Susanne	
Schraml	Mirco	Caritas
Teufel	Melanie	Sozialamt
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut
Wührl-Struller, Dr.	Klaus	Stadtrat
Wurzel	Bettina	Behindertenbeauftragte Stadt Bayreuth
Zagel	Wolfgang	Rehateam Bayreuth

Inhalt

1. Begrüßung durch Frau Wurzel.....	2
2. Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3. Diskussion	3
4. Verabschiedung	9

1. Begrüßung durch Frau Wurzel

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Frau Wurzel, Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth, die TeilnehmerInnen der ersten Arbeitsgruppensitzung mit dem Thema Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen. Sie nimmt Bezug auf einen Presseartikel über die Auftaktveranstaltung, laut dem die Beteiligung von Menschen mit kognitiven Einschränkungen nicht im ausreichenden Maß gegeben sei, da keine Sonderveranstaltung stattfindet. Dennoch freue sie sich über die Anwesenheit Betroffener. Um eine bestmöglichste Beteiligung zu gewährleisten, fordert sie diese Gruppe auf, bei Verständnisproblemen jederzeit die Sitzung zu unterbrechen. Bei Inklusion handle es sich um einen Lernprozess für alle Beteiligten. Es würden Fragebögen in Leichter Sprache ausgegeben, man wolle keine Behinderungsart ausschließen. Zudem sei der Bericht der Auftaktveranstaltung in einfacher Sprache gehalten.

2. Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts, begrüßt seinerseits die Anwesenden und skizziert den Ablauf des Aktionsplans Inklusion: Insgesamt würden sechs Themen in jeweils drei Arbeitsgruppensitzungen behandelt. Diese Themen seien basierend auf der Auftaktveranstaltung von der Steuerungsgruppe festgelegt worden. Die zweite Runde werde voraussichtlich Ende Januar bis Ende Februar stattfinden. Eine Woche vor der dritten Sitzung werde ein Entwurf versendet, der die aus den Arbeitsgruppen resultierenden Maßnahmen inklusive Statistiken basierend auf einer Befragung von Menschen mit Behinderung enthalten werde. Diese Befragung laufe im Dezember/Januar. Die Auswahl der Befragungsteilnehmer beruhe auf einer Zufallsstichprobe, bei der etwa jeder vierte Betroffene einen Fragebogen erhalten

habe. In der dritten Runde Ende März/April bestünde dann die Möglichkeit, Änderungsvorschläge am vorgelegten Entwurfstext einzubringen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen würden in einer abschließenden Konferenz vorgestellt. Auch dort könne man Verbesserungsvorschläge einbringen. Im Sommer werde der etwa 200 Seiten umfassende Aktionsplan dann dem Stadtrat vorgelegt. Anschließend zeigt er eine Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen der Auftaktveranstaltung in Bayreuth (Folien im Anhang). Die Präsentation enthält unter anderem in den Arbeitsgruppen der Auftaktveranstaltung benannte Stärken/Schwächen, wichtige Fragen und Probleme sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Information, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit in den Köpfen.

3. Diskussion

Im der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Sitzung noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Frau Mahr hält den Arbeitskreis für sehr notwendig, da sie als Rollstuhlfahrerin zum Teil abfälligen Bemerkungen ausgesetzt sei. Sie plädiert dafür, den Abstand zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen zu verringern. Herr John merkt an, dass man in einer Gesellschaft der „Normopathologie“ lebe. Fiktiv Normales werde zum Standard erhoben. Er gibt zu bedenken, dass bei Auflistung aller Einschränkungen die gesamte Bevölkerung Einschränkungen hätte. Frau Mahr rät, nicht nur mit Vernunft zu argumentieren. Sie plädiert dafür, Menschen mit Behinderung genauso positiv darzustellen wie Nichtbetroffene, wie es auch der Realität entspreche. Ein Negativbeispiel seien Vereine, die zur Spendensammlung Rollstuhlfahrer häufig als „arme Schweine“ darstellen würden. Herr John möchte wissen, ob bei Berichten, wie beispielsweise der über die Auftaktveranstaltung, Bilder von Menschen mit Behinderung unter Gesichtspunkten des Datenschutzes aufgenommen werden dürfen. Frau Mahr rät, einzelne Personen zu befragen. Herr Beekes verweist auf die Internetplattform „Gesellschaftsbilder.de“ (Link im Anhang), die Tipps zur klischeefreien Darstellung von Medienbilder gebe. Dort seien u. a. Beispielbilder vorhanden, wo eine Person dargestellt ist und die Barriere nicht im Vordergrund stehe. Es wird nachgefragt, ob die Stadt diesbezüglich durch die Öffentlichkeitsstelle unterstützt werde. Frau Wurzel sieht darin keine Probleme und lobt die gute Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeitsarbeit. Sie führt die Internetseite und den Flyer als Beispiele an. Viele

Dinge, wie das eigene Logo, würden allerdings noch am Bürger vorbeigehen. Frau Wurzel plant, die Homepage der Stadt Bayreuth noch barrierefreier zu gestalten. Der Gedanke sei stadintern schon angekommen. Sie gibt zu bedenken, dass ihre Ressourcen mit einer halben Stelle relativ knapp seien und Öffentlichkeitsarbeit nur einen kleinen Teil ihrer Arbeit ausmache.

Dr. Wühl-Struller plädiert dafür, mehr aus der Nische in die Öffentlichkeit zu streben und so Barrierefreiheit in die Köpfe zu bringen. Es wird angemerkt, dass der Anteil der Darsteller von Filmen bislang nicht dem tatsächlichen Anteil von Menschen mit Behinderung in der Bevölkerung entspricht. Herr Reisenhofer berichtet von seinen eigenen Erfahrungen, als Betroffener andere Menschen um Hilfe zu fragen. Dabei müssten auf beiden Seiten Hürden überwunden werden. Zum Teil sei er bei seinen eigenen Versuchen negativen Reaktionen ausgesetzt gewesen. Er hofft auf mehr Verständnis bei jungen Leuten durch Öffentlichkeitsarbeit. In gewissem Maße bemerke er bereits einen Lerneffekt bei dieser Gruppe und auch bei der deutschen Bahn. Ferner drückt er Begeisterung bezüglich der Stadt Oberstdorf aus, die sehr behindertengerecht gestaltet sei. Frau Göhring vom Ambulanten Beratungs- und Servicedienst (ABS) führt die Vorurteile darauf zurück, dass Nichtbetroffene Angst hätten, einmal selbst betroffen zu sein. Es handle sich um eine Angst in den Köpfen. Frau Mahr berichtet, dass ihr viele Hilfsangebote entgegengebracht würden, manchmal sogar zu viele. Sie rät dazu, sich rechtzeitig um Themen der Barrierefreiheit zu kümmern. Mit Kindern mache sie ausschließlich positive Erfahrungen bezüglich ihres Rollstuhls. Frau Scharnagl führt die teilweise fehlende Hilfsbereitschaft auch auf Angst bezüglich durch Fake-Unfälle eingeleitete Verbrechen zurück.

Herr Beekes nennt das Beispiel des Blindenstreifens. Er plädiert dafür, diesen zu kennzeichnen. Er selbst als Rollstuhlfahrer erfahre viel Hilfsbereitschaft und äußere auch genau, welche Hilfe er benötige. Allerdings habe er den Vorteil, dass ihn häufig ein Assistent begleite. Er fordert Menschen mit einer nichtsichtbaren Behinderung auf, die benötigten Hilfestellungen direkt anzusprechen. Herr Reisenhofer berichtet, sich dies auch angewöhnt zu haben. Laut ihm müssten beide Seiten lernen, wie er mit dem Beispiel eines Rollstuhlfahrers, der anderen über die Zehen fährt, veranschaulicht. Er schlägt vor, Prioritäten zu setzen, welche Themen man schrittweise bearbeiten wolle. Herr Kufner vom Gehörlosenverein informiert, dass es viele verschiedene Hörbehinderungen gebe, darunter auch die Gruppe der taubblinde Menschen. Er stellt dar, dass sich gehörlose Menschen früher versteckt bzw. an die Gesellschaft angepasst hätten. Jetzt gebe es beispielsweise Taubblindenassistenten. Nun würde es

u.a. darum gehen, Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Hörbehinderungen zu finden. Frau Dressler vom Jobcenter spricht sich dafür aus, als erstes Barrierefreiheit in den Köpfen anzugehen und sich nicht auf spezielle Gruppen zu fokussieren. Bei ihrer Arbeit stelle sich die Frage, wie man Arbeitgeber dazu bringe, Menschen mit Behinderung einzustellen. Herr John möchte wissen, welche Bestimmungsfaktoren es dafür gebe, dass es auf Seiten der Arbeitgeber vorangehe. Frau Dressler verweist auf den Arbeitbertag im Jobcenter, wo Profile von Kunden vorgestellt wurden. Man müsse direkt auf die Arbeitgeber zugehen. Häufig hätten Arbeitgeber das falsche Bild, dass man Menschen mit einer schweren Behinderung nicht mehr kündigen könne. Frau Wurzel verweist auf eine Veranstaltung des Arbeitskreis Arbeit im Behindertenbeirat im Café SAMOCCA, wo nur drei nicht im Behindertenbereich tätige Arbeitgeber gekommen seien. Sie schlägt vor, über HWK und IHK neue Versuche zu wagen. Sie plädiert dafür, nicht aufzugeben. Als Schritte schlägt sie u.a. einen Inklusionstag in der Stadt vor. Sie geht davon aus, dass Selbsterfahrung ein probates Mittel zur Veränderung darstelle, die vollständige Akzeptanz aber erst durch gemeinsame Schulformen erreicht werden könne.

Frau Scharnagl wirft den Gedanken in den Raum, dass ähnlich wie beim Marketing, jeder für sich einen Vorteil erkennen müsse. Sie selbst betreue Menschen mit Behinderung. Häufig würden Menschen mit Behinderung nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Ämter würden einen häufig weiterschicken, weswegen man sehr hartnäckig sein müsse. Sie ist der Meinung, dass zu wenig Informationen über Zuständigkeiten in der Bevölkerung vorhanden seien. Abgesehen von der halben Stelle des Behindertenbeauftragten seien keine zentralen Ansprechpartner vorhanden. Frau Wurzel gibt zu bedenken, dass eine halbe Stelle im Vergleich relativ viel sei. Frau Scharnagl schlägt die Umsetzung von Pilotprojekten vor. Herr Dr. Wührl-Struller spricht sich dafür aus, sich am Ende des Aktionsplans nicht mit ein paar Flyern zufriedenzugeben. Laut ihm müsse man Informationen ständig erneut verbreiten, wie beispielsweise das Versehen des Blindenstreifens mit einer passenden Beschriftung.

Herr Höreth von der Defibrillator Selbsthilfegruppe Oberfranken fordert einen festen Ansprechpartner für Behindertenfragen bei jeder Behörde bzw. bei Einrichtungen wie Kliniken. Das Parken auf Behindertenparkplätzen durch Nichtbetroffene sei ein Beispiel für noch vorhandene Barrieren in den Köpfen. Herr Reisenhofer berichtet von äußerst negativen Erfahrungen mit der deutschen Bahn.

Herr Beekes fordert Piktogramme an Blindenleitstreifen, da diese für jeden ersichtlich seien und niederschwellig verfügbar sei. Zudem solle man Ladenbesitzer häufiger auf die Funktion des Blindenleitstreifens ansprechen.

Frau Mahr spricht im Zusammenhang mit Vergünstigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln von einem Neidfaktor, der sich in Anfeindungen äußere. Herr Beer als Vertreter der Werkstatt für Menschen mit Behinderung glaubt, dass mit Behinderungen zu wenig offensiv umgegangen werden. Herr John erzählt von einer Rollstuhlfahrerin aus England, die dort nie auf den Grund ihrer Behinderung angesprochen worden sei, in Deutschland hingegen ständig. Herr Reisenhofer geht davon aus, dass bei vielen Menschen Gedankenlosigkeit vorherrsche. Deswegen fordert er auch ein Zugehen von Menschen mit Behinderung auf Nichtbetroffene.

Herr Hartmann vom VdK schlägt vor, herauszustellen, was Menschen mit Behinderung nicht nur genauso gut können wie Nichtbetroffene, sondern auch was diese besser können. Als Beispiel führt er das Erstasten von Geschwüren durch Blinde bei der Mammografie an oder die Arbeit von Menschen mit Autismus bei Computerfirmen. Er spricht sich dafür aus, die Stelle des Behindertenbeauftragten aufzuwerten. Zudem erachtet er den direkten Besuch der Arbeitgeber zur Information über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung für sinnvoll.

Herr Kufner berichtet von seinen Erfahrungen im amerikanischen Ausland, dass er als behindertenfreundlicher wahrgenommen habe. Gerade im Kommunikationsbereich und in der Werbung sei das Land Deutschland voraus. Zudem schildert er einen Restaurantbesuch, bei dem der Kellner das Fingeralphabet beherrscht habe. Er wünsche sich solche Rahmenbedingungen auch in Deutschland. Herr Beekes weist darauf hin, dass in den USA eine andere Gesetzgebung jenseits der freiwilligen Selbstverpflichtungen gelte. So könne man nicht barrierefreie Läden verklagen, was auf das hohe Ansehen der Kriegsveteranen zurückgehe. Ferner gibt er an, froh zu sein, nicht direkt nach dem Grund seiner Behinderung gefragt zu werden.

Herr Höreth führt das Negativbeispiel eines Physiotherapeuten mit kassenärztlicher Zulassung im Landkreis an, der seine Praxis auf einer Anhöhe gebaut habe. Somit müsse man bei einem Besuch erst einmal Treppenstufen überwinden. Frau Wurzel berichtet diesbezüglich von einem Projekt, bei dem man in einem Führer Arztpraxen erfassen wollte. Dabei seien manche Menschen mit Behinderung von den Ärzten weggeschickt worden. Diese Erfahrungen würden deutlich machen, dass Betroffene im Krankensystem schlechter versorgt würden. Ähnlich sei dieser Test bei Gaststätten ausgefallen, die als Zielgruppe klar Familien genannt hatten und deswegen nicht im

Führer auftauchen wollten. In diesem Zusammenhang spricht sie von der Doppelmoral, nach außen hin nicht gegen Menschen mit Behinderung zu sein, andererseits sich aber nicht mit dem Elend belasten zu wollen. Sie kritisiert, dass verschiedene Gesellschaftsgruppen gegeneinander ausgespielt würden, wie beispielsweise Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung. Sie hält Inklusion für eine Haltung dem Menschen gegenüber mit seinen verschiedenen Bedürfnissen.

Frau Scharnagl glaubt, dass man bei Inklusion möglichst früh, nämlich bereits im Kindergartenalter, anfangen müsse. Sie berichtet von einem von ihr betreuten Mensch mit Behinderung, dem die Arbeit in Teilzeit verwehrt werde. Zudem seien gemäß ihren Erfahrungen auch Angehörige bzw. Betreuer Barrieren ausgesetzt. So sei sie bereits im Restaurant abgewiesen worden und habe mit Presse drohen müssen. Herr John merkt zu, dass für Menschen mit Behinderung z.B. in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen keine normalen Arbeitsrechte gelten würden.

Herr Dr. Wühl-Struller hält Kommunikation für die Grundvoraussetzung für Inklusion. Er fordert, Positiv- und Negativbeispiele zu verbreiten, eine Multiplikatorfunktion durch Flyer zu erreichen und so das Thema selbstverständlich in der Gesellschaft zu integrieren. Eine solche Haltung könne man nicht verordnen, sondern müsse ähnlich wie bei der Einführung der Gurtpflicht weiter kommunizieren. Heer Beekes nimmt Bezug auf das allgemeine Gleichstellungsgesetz, bei dem die geforderte verpflichtende Barrierefreiheit im Einzelhandel abgelehnt worden sei.

Ein Teilnehmer erzählt von negativen Erfahrungen in den Verkehrsbetrieben, bei der er keine Unterstützung vom Busfahrer bezüglich Bereitstellung eines Sitzplatzes erhalten habe. Zudem sei er am ZOH bei seiner Beschwerde dazu aufgefordert worden, statt Bus zu fahren zu laufen oder ein Taxi zu nehmen. Frau Wurzel hält diesbezüglich eine erneute Durchführung einer Busfahrschulung für sinnvoll.

Herr Reisenhofer fordert, Menschen mit Behinderung zehn Leitlinien an die Hand zu geben, die in Form einer Checkliste mögliche Ansprechpartner enthalten. Herr John merkt an, dass hier Verfahrensassistenz fehle, weswegen Menschen mit Einschränkungen ihre Rechte nicht durchsetzen könnten. Verfahrensassistenz sei nicht in der Eingliederungshilfe verankert. Frau Scharnagl regt die Gründung einer ehrenamtlichen Gruppe an, die beratend zur Seite stehen könnte. Herr John bringt die Idee von Peer Counselling ins Spiel, bei der Menschen mit Einschränkungen sich gegenseitig beraten. In einigen Bezirken in Bayern würden Peer Counselling-Ansätze bereits ähnlich wie die Offene Behindertenarbeit (OBA) unterstützt. Frau Dressler hält Flyer für eine gute Lösung, sieht aber in der hohen Fluktuation von Mitarbeitern

Probleme. Sie hält die Kooperation von Behörden untereinander für wichtig und kritisiert den Spruch „dafür bin ich nicht zuständig“. Herr Beekes spricht sich für eine Zentralisierung der Informationen aus, damit nicht jeder Mensch mit Behinderung von Grund auf die Wege selbst finden muss. Obwohl jeder Fall anders sei, könnten Menschen im Ehrenamt Erfahrungswerte sammeln und mit der Zeit passende Ansprechpartner benennen.

Frau Scharnagl plädiert für erfahrungsbasierte Schulungen bzw. Anwendungen bezüglich Inklusion. Sie schildert den Erfolg dieses Ansatzes anhand eines Umweltprogramms für Kinder. Generell erachtet sie die Schritte der Maßnahmengenerierung in Form von „was, wann, für wen“ für sinnvoll mit einer Prioritätensetzung im Anschluss. Herr Kufner möchte die Unterstützung von Verbänden, Krankenkassen, Stammtischen und Selbsthilfegruppen einholen. Auf diese Weise könne man Erfahrungen und Bedürfnisse offiziell aufzeigen. Zudem könne man im Sinne der Selbsterfahrung nicht-gehbehinderte Menschen in den Rollstuhl setzen oder ihnen eine Binde aufsetzen. Man müsse Behinderung fühlbar machen, um Ängste abzubauen. Frau Wurzel verweist auf eine benötigte Lotsenfunktion, auf eine Art Wegweiser für Menschen mit Behinderung. Sie äußert den Bedarf eines Inklusionsbüros. Auch ihre Funktion der Behindertenbeauftragten solle eine Art Lotsenfunktion sein. Dafür sei viel Richtungsweisung und Fachwissen nötig. Sie selbst sei seit 2005 in dieser Funktion tätig und schlägt vor, eine Gruppe für leichter Denken und Sprechen zu gründen. Herr Beer gibt zu, dass er trotz einer langen Beschäftigungszeit mit dem Thema Behinderung selbst noch nicht alles darüber wisse. Er fordert, in Behörden entsprechende Beauftragte einzurichten. Herr Dr. Wühl-Struller sieht den Aufgabenbereich eines Lotsens darin, zu wissen, bei welchem Problem man sich an wen wenden kann. Er veranschaulicht die Arbeit eines Lotsen anhand der Bayreuthlotsen für Flüchtlinge. Diese würden mit zu den Behörden gehen und seien damit erst einmal aufgefangen, ohne zeitaufwendig Flyer studieren zu müssen. Frau Wurzel gibt zu bedenken, dass der Bereich der Behindertenarbeit weniger überschaubar sei, als der Bereich der Geflüchteten, weshalb eine Lotsenschulung ausufernd sein könne. Herr Dr. Wühl-Struller merkt an, dass selbst der am wenigsten geschulte Lotse besser als keiner sei. Herr Höreth fügt hinzu, dass man den Lotsen den Arbeitskreis Selbsthilfe an die Hand geben könne. Frau Wurzel sieht den Punkt, dass für die Einrichtung von Lotsen keine Gesetzesänderung nötig sei.

Es wird angesprochen, dass Menschen mit psychischer Behinderung Angst vor Öffentlichkeitsarbeit hätten, weil dies mit öffentlichem Bekennen zur Krankheit

einhergehe. Herr John berichtet, dass bei Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen der Wunsch bestehe, auch geschützte Orte besuchen zu können. Bei konventionellen Bürgertreffs würden sie häufig auf ihr Verhalten angesprochen. Frau Wurzel stimmt zu, dass trotz Inklusion bestimmte Bereiche geschützt werden müssen. So sei beispielsweise die „Rote Katze“ nötig, wo Kunst von psychisch behinderten Menschen erstellt werde.

Frau Scharnagl verweist auf die Entwicklung, dass immer mehr Menschen den Schwerbehindertenausweis beantragen würden, um sich Vorteile zu sichern. Herr Hartmann entgegnet, dass es sich hierbei eher um „Zahlenkosmetik“ handle. Bei Verbeamtung würden viele Menschen wieder auf den Ausweis verzichten. Herr John spricht sich dafür aus, Behinderung nicht als Charaktereigenschaft anzusehen, um Hürden abzubauen.

Herr Reisenhofer spricht den Punkt an, dass er über seinen Anspruch einer Wertmarke nur durch Zufall und nicht durch Sozialarbeiter erfahren habe. Frau Wurzel vermutet, dass diese Entwicklung auch auf die Kürzung von Geldmitteln der Sozialdienste zurückzuführen sei. Herr Hartmann sieht einen weiteren Grund in der Komplexität des Sozialrechts, über das selbst er in vielen Gebieten nur Grundkenntnisse habe.

4. Verabschiedung

Herr John beendet die Sitzung und freut sich auf die Diskussion im nächsten Jahr. Nächstes Mal werde man mehr in Richtung konkreter Maßnahmen arbeiten. Frau Wurzel bedankt sich für die Teilnahme.

Für das Protokoll
Elena Tiedemann
Michael John
BASIS-Institut

Anhang:

- Link zum Aktionsplan der Stadt Bayreuth (<http://www.bayreuth.de/rathaus-buergerservice/leben-in-bayreuth/menschen-mit-behinderung/aktionsplan-inklusion/>)
- Link zu Fotodatenbank fernab von Klischees (<http://gesellschaftsbilder.de/>)